

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

67 (8.3.1921) Sonder-Ausgabe

Bezugspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 5.50 M., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 5.10 M. ...

Karlsruher Tagblatt

Wagen: Die Oeff. Handreichung... oder deren Raum... 1.40 M. ...

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle: Ritterstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Gesetzliche Verantwortlichkeit für Inhalt: Martin Voiginger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Verhardt; für den internationalen Teil: Hermann Weid; für den Anzeigenteil: Heinrich Verhardt. Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buch- und Druckerei in Karlsruhe.

118. Jahrg. Nr. 67. Dienstag, den 8. März 1921. Sonder-Ausgabe.

Dies ater.

Der Montag, der 7. März 1921 wurde für das deutsche Volk ein dies ater, ein schwarzer Tag. In London konnte keine Einigung zustande kommen, nicht etwa infolge der „Böswilligkeit“ der deutschen Regierung, der deutschen Vertreter in London und des deutschen Volkes, wie Lloyd George und seine Trabanten der Welt glauben machen wollen, sondern weil Herr Briand um seinen Ministerpräsidentenposten bangt und Herr Lloyd George glaubt, mit ihm leichter „arbeiten“ zu können als mit dem früheren Präsidenten der französischen Republik Poincaré.

In Ergänzung unserer in der Dienstagsnummer des „Tagbl.“ gebrachten Nachrichten über den Verlauf, den die Verhandlungen am Montag in London genommen haben, lassen wir noch folgende zusammenfassende Meldungen folgen. Von den deutschen Vertretern wohnten der entscheidenden Sitzung der Konferenz bei: Reichsminister Dr. Simon, vom Auswärtigen Amt die Ministerialdirektoren von Simon und Geyer, vom Reichsfinanzministerium die Staatssekretäre Schröder und Bergmann, vom Reichswirtschaftsministerium Ministerialdirektor Le Sautre, vom Reichsministerium des Innern Staatssekretär Dr. Lewald, vom Reichswehrministerium General von Seck, die beiden Vertreter von Preußen und Bayern v. Klinger und Staatsrat Meindl.

Wir haben schon bei Beginn der Konferenz Lage darüber führen müssen, daß die Bedienung der deutschen Presse von London aus sehr viel zu mündigen übrig läßt; diese unsere Beschwerden werden auch von anderen Zeitungen — wir erwähnen nur die „Frankf. Sta.“ (Frankfurter Morgenblatt) vom Sonntag — erhoben. So ist es uns noch nicht einmal heute abend möglich, den Wortlaut der Rede Dr. Simon's in der Vormittags-Sitzung wiederzugeben. Nach dem uns bis zum Schluß des Blattes vorliegenden Bruchstück führte Dr. Simon aus:

Herr Präsident! Meine Herren! Der Herr Premierminister hat um Schluß der Sitzung am letzten Donnerstag im Namen der verbündeten Regierungen erklärt, daß vom heutigen Tag ab gewisse Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ergriffen würden, wenn nicht Deutschland die Erklärung abgibt, daß es bereit ist, die Pariser Entschädigungen anzunehmen oder Vorschläge zu unterbreiten, die auf anderem Wege, aber in gleich befriedigender Weise wie die Pariser Vorschläge die Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles erfüllen. Gestatten Sie mir, zunächst den Stand der Verhandlungen zusammenfassend festzustellen. Unser Gegenantrag vom 1. März ist zurückgewiesen und nicht für wirksam erklärt worden, den Ausgangspunkt weiterer Erörterungen zu bilden. Auf der anderen Seite sind wir aus den Ihnen vorgetragenen Gründen außerstande, die Pariser Vorschläge anzunehmen. Bei dem weitgehenden Unterschied der Auffassung beider Teile sind die Schwierigkeiten einer vollkommenen Lösung des Problems der Reparation im Augenblick so groß, daß wir darauf verzichten müssen, einen neuen Plan für die Entschädigung vorzulegen. Trotz schwerer Bedenken haben wir uns dahin entschieden, auf den Gedanken einer vorläufigen Regelung zurückzukommen. Ich erinnere daran, daß die Sachverständigen der Alliierten einstimmig ihrer Regierung empfohlen haben, auf der Pariser Konferenz die Entschädigungszahlungen nur für 5 Jahre vorzuschlagen, weil sie die Überzeugung gewonnen hätten, daß die gewaltigen Aufgaben nicht schnell zu lösen sind. Ich erinnere ferner daran, daß auch einige der alliierten Regierungen selbst unmittelbar vor den Pariser Beschlüssen die Möglichkeit einer sofortigen Feststellung der gesamten Schuld Deutschlands einschließlich der gesamten Provisorium von 3-5 Jahren in Aussicht stellten. Um zu beweisen, daß wir uns den Forderungen der Alliierten soweit wie möglich anzuschließen wollen, würden wir bereit sein, sofort die für die ersten 5 Jahre verlangte feste Zahlung zu übernehmen als ein vollwertiges Äquivalent für die verlangte, aber von uns für unpraktisch gehaltene Ausfuhrabgabe. Wir sind uns bewußt, daß die Zahlungen nur dann möglich sind, wenn ein großer Teil davon auf dem Wege der Anleihe vergeben werden kann. Wir werden aber den deutschen Vorschlag nur dann unterbreiten, wenn wir Aussicht hätten, von den Alliierten berücksichtigt zu werden. Wir können den Vorschlag nur dann machen, wenn Deutschland bei Deutschland verbiebt und wenn die uns auferlegten Beschränkungen im Weltmarkt fallen. Beides ist notwendig, damit Deutschland in erhöhter Weise so große Zahlungsverpflichtungen machen kann. Die Entscheidung darüber, ob wir Ihnen einen solchen Vorschlag vorlegen können, liegt in Ihrer Hand. Falls Sie darauf eingehen, werden wir unser Bestes tun, um gemeinsam mit Sachverständigen die Einzelheiten dieses Vorschlags auszuarbeiten und sobald wie möglich einen Gesamtplan für die Entschädigung für die Dauer von 30 Jahren aufzustellen. Sollten Sie trotz meiner Ausführungen darauf bestehen, daß wir Ihnen unverzüglich einen festen Gesamtplan machen, so

müßte ich um eine Woche Frist bitten, um die Angelegenheit mit dem Kabinett in Berlin zu beraten. Und endlich darf ich bitten, mir noch einige Zeit Gehör zu schenken, damit ich auf die Ausführungen antworten kann, womit der Herr Präsident den Konferenzbeschluss begründet hat, denn ich halte es für außerordentlich wichtig, daß in dieser entscheidenden Stunde zwischen den verbündeten Regierungen und der deutschen Regierung kein Mißverständnis bestehen bleibt. Wenn zwischen den Pariser Beschlüssen und den Londoner Gegenanschlägen Deutschlands ein so großer Abstand besteht, so liegt das nicht daran, daß die deutsche Regierung bestritt war, sich ihrer Vertragsverpflichtung zu entziehen oder gar den Vertrag zu versperren, sondern daran, daß sie sofort die Wirkung der Pariser Beschlüsse mit der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft richtig einschätzte als die Alliierten. Wir kennen wohl den ungeheuren Schaden, den der Krieg allen Beteiligten gebracht hat, und wissen, wie groß der Anteil ist, den wir auf uns genommen haben. Wir wissen, daß es niemals nützlich wäre, wenn wir jetzt auf viele Jahrzehnte hinaus unsere Verpflichtungen in einer Weise zahlenmäßig festlegten, die unsere Leistungsfähigkeit und jene unserer Kinder und Enkel nach unserer gewissenhaften Kostenprüfung bei weitem übersteigt. In der Zeit von Donnerstag bis heute habe ich nichts unverändert gelassen, um den Geist, in dem unsere Gegenanschläge gemacht waren, festzulegen, um Irrtümer aufzuklären und Verhandlungswege zu suchen.

Der Rede Lloyd George's, die er in der Nachmittags-Sitzung hielt, entnehmen wir noch folgende Einzelheiten: Die Vorschläge, die Dr. Simon in der Vormittags-Sitzung gemacht habe, seien nicht mehr annehmbar; sie reichte trotz des gewährten Zeitausschusses die Hinausschiebung der Sanktionen nicht. Die alliierten Sachverständigen hätten ja allerdings einen fünfjährigen Plan aufgestellt, dieser sei aber von keinem Staatsmann in den alliierten Ländern angenommen worden. Wenn er die Vorschläge Dr. Simon's untersuche, so müßte er sagen, daß diese nur auf den Grundgedanken der Pariser Beschlüsse entpfehen, denn sie seien Bedingungen unterworfen, die sie in den nächsten fünf Jahren umwerfen könnten. Wenn insbesondere das Defizit in Oberschlesien ganz oder teilweise ungünstig ausfalle, dann sei Dr. Simon's berechtigt, zu erklären, daß eine neue Situation geschaffen sei. Es sei kein Vorschlag für fünf Jahre, sondern nur für fünf Wochen. Ueber die sonstigen von der deutschen Abordnung gemachten Reserven brauche er nicht erst zu reden, weil die Reserve für Oberschlesien alles hinausfalle. Und was geschehe nach fünf Jahren? Hierfür lägen keine Vorschläge, kein Minimum und nichts vor, womit die Alliierten, besonders die, welche zur Wiederherstellung ihrer vertriebenen Gebiete rasch Geld erheben müßten, etwas anfangen könnten. Gewisse Sätze in der Rede Dr. Simon's zeigten, daß Deutschland die Situation überhaupt nicht verstehen habe. Dr. Simon's habe von den ungeheuren Defiziten gesprochen, die das Provisorium erfordere. Um die großbritannische Schuld an Pensionen, Kriegsbeschädigtenunterstützung usw. zu bezahlen, seien 500 Millionen Pfund Sterling notwendig. Wenn Deutschland dieses Jahr die Pariser Beschlüsse ausführt, so würde es für alle Alliierten 125 Millionen Pfund Sterling, also ein Viertel der Summe aufwenden, die Großbritannien allein aufbringen müsse. Frankreich müsse außer den Kriegsschäden und Pensionen allein für die Wiederherstellung der verwüesteten Gebiete 12 Milliarden Francs jährlich zahlen. Deutschland brauche dagegen nur ein Neuntel der von Frankreich aufzuwendenden Summe flüssig zu machen. Der weitere auffallende Punkt sei die Weigerung Dr. Simon's, die Verantwortung für die für den Krieg anzunehmen. Dieser Punkt sei der fundamentalste Satz des Friedensvertrages. Dr. Simon's habe die Geschichte zur Revision der Schuldverhältnisse angetrieben. Er frage, wann die Geschichte zu laufen beginne. Wenn Dr. Simon's von einem Vorschlag von fünf Jahren spreche, dann sei es für die Alliierten ein unbehagliches Gefühl, doch nach diesen fünf Jahren die Frage der Verantwortlichkeit als Revisionsgrund des Friedensvertrages angenommen werden könnte. Die Pariser Beschlüsse stellten einen großen Nachlaß der Bedingungen des Versailler Vertrages dar. Die Alliierten hätten immer betont und wiederholt, daß sie über die Zahl der Annuitäten mit sich reden lassen wollten, sowie über eine der Ausfuhrabgabe äquivalente andere Regelung einer Beteiligung der Alliierten an der Besserung der deutschen Lage. Sie müßten aber auf zwei Punkten bestehen. Erstens müßte unverzüglich der Gesamtbetrag der von Deutschland zu bewirkenden letzten Leistungen oder die Faktoren festgestellt werden, die als Basis für ihre Festlegung dienen sollen. Zweitens müßte die Zahlungsweise der Annuitäten geregelt werden. Ein bloßer Papiervertrag genüge nicht den Interessen der Alliierten. Im Interesse Deutschlands und der Welt sei eine definitive Regelung unerlässlich. Die Vorschläge, die Dr. Simon's unterbreitet hat, könnten nur diese Regelung verweigern. Lloyd George's schloß mit der Bemerkung, daß zu ihrem Bedauern die Alliierten zu dem Entschluß gekommen seien, daß die Sanktionen sofort in Kraft treten müßten.

Die Sitzung wurde dann, wie schon gemeldet, auf eine Viertelstunde unterbrochen, um der deutschen Abordnung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab Dr. Simon's folgende Erklärung ab: Herr Präsident, meine Herren! Ich muß bedauern, daß auch heute wieder der Zwang der neuen deutschen Vorschläge mißverstanden worden ist. Auch für uns waren die Nachteile einer provisorischen Regelung nicht zweifelhaft und wir haben diese vorläufige fünfjährige Regelung nur unter dem Zwange des Ultimatum's, das heute erdigt, vorgebracht, weil wir glaubten, eine bestimmte Maßnahme vorzuschlagen zu müssen. Wieder hätten wir eine Gesamtregelung gelehrt, weshalb wir ursprünglich eine Gesamtregelung vorzuschlagen. Noch heute würden wir eine solche weitläufig vorziehen. Wir hatten aber keine zweitägigen Vorschläge in der Tasche, sondern mußten nach Abklärung der ersten neuen Wege suchen und haben uns um diesen neuen Weg sowohl hier in der Delegation wie in Berlin im Kabinett bemüht. Wir sind beauftragt, und ich habe den Auftrag, der Präsidenten der Konferenz um einen kurzen Aufschub zu bitten, um mit dem Kabinett Prüfung nehmen zu können. Ich stelle fest, daß die Besorgnis unbegründet ist, als ob wir das Provisorium dazu benutzen wollten, um nach seinem Ablauf eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen. Im Gegenteil, das deutsche Volk hat die Reparationspflicht als Ganzes übernommen und ist bereit, ihr in den Grenzen des Möglichen nachzukommen. Wir sind deswegen auch bereit, einzugehen auf den Gedanken des Präsidenten der Konferenz, wonach den alliierten Regierungen das Recht gegeben werden soll, einen Teil der Preise zu beschlagnahmen, die die Käufer in alliierten Ländern für die aus Deutschland eingeführten Waren zu zahlen haben, damit dieser Teil der Preise an das Schatzamt abgeführt und auf das Reparationskonto verrednet wird. Ich habe diesen Vorschlag meiner Regierung zur Berücksichtigung empfohlen. Bedauerlich ist, daß der Gedanke in der öffentlichen Meinung Deutschlands dadurch geschwächt worden ist, daß er in die Sanktionen aufgenommen wurde. Auch in dem zweiten Punkt ist die deutsche Delegation mit dem Gedanken des Herrn Präsidenten völlig einig, daß es jetzt darauf ankommt, mit möglicher Beschleunigung festzustellen, welches die Faktoren der letzten Leistungen sind, die durch Deutschland ausgeführt werden müssen, und welches die Faktoren der variablen Leistungen sind, die Deutschland für die Reparation im Falle des Wiederanstehens seiner Wirtschaft zu zahlen hätte. Wir sind ferner einverstanden damit, daß in eine Prüfung eingetreten wird über die Art und Weise, wie Deutschland seine festen und variablen Leistungen an die einzelnen Länder machen kann. Ueber diesen Punkt soll möglichst bald eine Beratung zwischen den Sachverständigen veranstaltet werden. Es ist schade, daß, wenn es zu solchen Beratungen kommen sollte, sie eine Atmosphäre vorfinden würden, die durch die Einführung der Sanktionen verfinstert sein wird. Ich fühle mich verpflichtet, gegen die Sanktionen, die in diesem Augenblick endgültig über uns verhängt werden, noch einmal mit allem Nachdruck Verwahrung einzulegen.

Die Proklamation des Reichspräsidenten.

Berlin, 8. März. (Wolff.) Reichspräsident Ebert hat folgende Proklamation ergehen lassen: Mitbürger! Unsere Gegner im Weltkriege haben unerfüllbare und unerhörte Forderungen an Geduld und Gut an uns gestellt. Wir selbst nicht nur, sondern auch unsere Kinder und Enkel sollen Arbeitsklaven der Gegner werden. Durch Unterschrift sollten wir einen Vertrag beschließen, den auszuführen auch die Arbeit von Generationen nicht genügt hätte. Das konnte und durften wir nicht tun. Unsere Ehre und Selbstachtung verbieten es. Unter offenem Bruch des Friedensvertrages von Versailles sind die Gegner zur Befreiung weiteren deutschen Landes geschritten. Der Gewalt können wir Gewalt nicht entgegensetzen; wir sind wehrlos. Aber hinauszuweichen können wir es, daß es alle hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit kennen; Recht wird hier vertreten durch Gewalt! Sicher zusammenzuschließen soll uns dieses Leid zu einigem Gefühl, zu einigem Mitleid! Mitbürger! Trete der fremden Gewalt Herrschaft mit ernster Würde entgegen! Bewahrt Eueren friedlichen Sinn und laßt Euch nicht zu unbewußten Taten hinreißen! Parat, habt Vertrauen! Die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis die fremde Gewalt vor unserm Rechte weichen muß!

Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages.

Berlin, 8. März. Nach Rückkehr des Reichsausschusses Dr. Simon's wird Abgeordneter Dr. Stresemann eine Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages einberufen.

Die Stunde der Not.

(Eigener Drahtbericht.) b. Berlin, 8. März. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt heute in einem Leitartikel: „Die Entscheidung ist gefallen, sie ist ernst. Die Rheinlandsbevölkerung geht neuen Schwierigkeiten entgegen. Das deutsche Volk steht in diesen Tagen mit besonderer Teilnahme zum deutschen Rhein. Es ist sich darüber klar, daß die Rheinbevölkerung in erster Linie dazu verurteilt ist, die neuen Gewaltmaßnahmen der Entente auszuhalten. Die Kundgebungen aus dem Rheinland haben gezeigt, daß man dort mit Mut und Entschlossenheit den Dingen entgegensteht, und daß man nicht aus Verzweiflung vor den persönlichen Schwierigkeiten zurückweicht, vielmehr die Regierung zum Aushalten aufzufordern hat. Der Geist der Rheinbevölkerung mag uns allen zum Vorbild dienen, mag uns an den Ernst der Stunde und an die Pflicht gemahnen, zusammenzuhalten in den kommenden Wochen und Monaten und nicht zurückweichen und sich nicht zu bücken dem Willen der Feinde, wenn sie den Versuch machen werden, uns zu zwingen, das Diktat von Paris anzuerkennen. Wir wollen aufrecht bleiben in dem Bewußtsein, daß es schämmer nicht zu kommen vermag. Die Stunde unserer Not mußte einmal schlagen; jetzt ist sie da. Die Regierung ist fest entschlossen; sie hat sich nicht unterworfen. Deutlicher Entschluß möge uns helfen, möge dem Deutschen Reiche wieder die Richtung bringen, die unter der alten Regierung und noch der Revolution draußen in der Welt verloren gegangen ist. Wir müssen vorwärts schauen, nicht rückwärts blicken.“

Der offene Bruch des Friedensvertrages.

Berlin, 8. März. Einstimmig bezeichnen die Blätter die in Kraft getretenen Sanktionen als einen Bruch des Friedensvertrages. Sie mahnen aber das deutsche Volk, das neue Leid mit Geduld, Festigkeit und Würde zu tragen. Das „Berl. Tagbl.“ schreibt: Deutschland habe, indem es noch das letzte Angebot machte, einen bis zum Selbstmord gehenden Verhandlungswillen gezeigt. Es sei bereit gewesen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu ermöglichen und jede christliche Absicht würde den Beweis erbringen, daß mit dem Geld, das Deutschland hergeben wollte, dieser Aufbau sich durchführen und alle wirkliche Not beseitigen läßt. Aber warum kam man in London zu keinem Resultat? Weil Herr Briand einen parlamentarischen Erfolg braucht und Lloyd George Herrn Briand halten möchte, um ein unbewußtes Kabinett Poincaré zu vermeiden. Und schließlich, weil Deutschland sich weigerte, neben allem übrigen auch noch die Bewilligung französischer Wiederaufbaukapitalien zu bejahen.

Der „Vormärts“ erklärt die Zwangsmaßnahmen als den Gipfel politischer Impotenz und wirtschaftlicher Notlosigkeit seitens der Alliierten.

Die Begehung der rechtsrheinischen Städte werde die Empfindungen gegen die Alliierten nicht verbessern. Die Drohung, daß bei der Bezahlung der Wareneinfälle, die die Ententestaaten in Deutschland machen, ein gewisser Prozentsatz einbehalten wird, bezeichnet das Blatt als die erste die Einführung eines Schutzzolls in den alliierten Ländern.

Die französische Chauvinistenpresse.

(Eigener Drahtbericht.) b. Paris, 8. März. Eine Entscheidung im Sinne der Anwendung von Strafmaßnahmen ist einem Teil der französischen öffentlichen Meinung lieber als die deutsche Unterschrift unter einer Abmachung, die nicht eine völlige Unterwerfung unter das Pariser Diktat bedeutet. Ueberall wurde am Montag morgen noch einmal verkehrt, daß Frankreich auch nicht einen Schritt zurückweichen und nicht das geringste Zugeständnis machen kann. Selbst für den nach französischer Auffassung recht unwahrscheinlichen Fall einer vorläufigen Verhandlung sollen nach dem „Figaro“ und anderen Blättern Sicherungen genommen werden. Wir müßten aus der Befreiung des Rheinlandes mehr Nutzen ziehen. Es gibt noch Fälle, Bergwerke, Wälder, Fabriken, die gut gepflegt sind. Wenn das noch nicht ausreicht, haben wir noch immer die Möglichkeit zu bleiben, wo wir sind, und zu halten, was wir haben.“

Lloyd George und Briand werden getadelt, weil sie sich zu einer Unterredung mit Dr. Simon's bereit finden lassen. Wir müssen sehen, daß die Besiegten die Sieger zu einer Unterredung einladen und Vorschläge machen, die diskutiert werden“ dreißt der „Figaro“, und andere Blätter sind der Ansicht, daß die Alliierten besser getan hätten, sich überhaupt auf keine Unterredung mit den Deutschen einzulassen. Auf der Seite der Einigung fanden bis zuletzt fast Lloyd George und Graf Sforza. Der offene erklärte, daß ein mäßiger Afford immer noch besser sei als die härtesten Sanktionen. Dieser gegenüber beharrten die Franzosen und Belgier auf dem Wortlaut des Ultimatum's. Die sozialistische Partei Frankreichs erklärt in der „Summe“ einen Aufruf gegen die Drohung eines neuen Krieges.

Aus dem neubefestigten Gebiet.

Ein Aufruf des Oberbürgermeisters von Düsseldorf.

(Eigener Drahtbericht.)
Düsseldorf, 8. März. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden in Düsseldorf für einen belagerten General und 40 Offiziere Quartier angefordert.

Der Oberbürgermeister hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, der folgendermaßen lautet:

Die Befestigung Düsseldorf durch die Truppenmacht der Alliierten soll nun doch zur Tat werden. Nach deutscher Auffassung widersteht diese Befestigung der Bestimmung des Friedensvertrages; sie wird unsere Stadt in schwere Bedrängnis bringen.

Franszösische Kavallerie und Panzerautos in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. März. Französische Kavallerie und Panzerautos haben in den frühen Morgenstunden die Außenviertel der Stadt besetzt.

Italien beteiligt sich nicht an den „Sanktionen“.

(Eigener Drahtbericht.)
Rom, 8. März. Italien wird nicht an den Strafmaßnahmen teilnehmen.

Die Amerikaner beteiligen sich am Vormarsch nicht.

(Eigener Drahtbericht.)

e. London, 8. März. Nach einem Telegramm aus Washington gibt das amerikanische Staatsdepartement an, dass die Amerikaner sich nicht am Vormarsch beteiligen werden.

Sitzung des Obersten Kriegsrates.

Paris, 8. März. Wie Havas meldet, ist der Oberste Kriegsrat gestern nachmittags um 2 Uhr im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Millerand zusammengetreten.

Ein Ministerrat in Paris.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 8. März. Montag fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Millerand ein Ministerrat statt, zu dem sämtliche in Paris weilenden militärischen Führer einberufen waren.

Wie aus London gemeldet wird, behaupten die „Daily News“, daß der Kriegsminister Besseler gegeben habe, einige Reservebrigaden einzuziehen. Der belgische Kriegsminister traf am späten Nachmittag in London ein, um an den Beratungen über die militärischen Zwangsmaßnahmen teilzunehmen.

Schwind als Bildnismaler.

Bemerkungen zu zwei Neuerwerbungen der Badischen Kunsthalle.

Von Dr. A. A. Eberlein.

Als sich vor kurzer Zeit der Todestag des Malers Moritz von Schwind zum fünfzigstenmal jährte, erneute man in weiten Kreisen die Erinnerung an jenen Meister der Märchen-, Symphonie- und Heißbilder, die dem deutschen Hause ein lieber Bestig geworden sind.

Beide Bilder sind Kniestücke und haben aneinander gleiches Format. Wilhelm Sachs sitzt lässig vor uns, den rechten Arm über den braunen Polster gestützt. Der blühende Kopf mit braunlichem Schmelzhaar, die schwarze Halsbinde, die taubengraue Weste mit blauen Streifen, der altgrüne Rock, dies alles hebt sich harmonisch abgestimmt vor dem graubraunen Hintergrund. Die Malerei ist flott und feil, eine selbst am feinen Handgelenk, die wir in Schwind's Delikaterei nicht gewohnt sind.

Das neue Zollregime tritt am Donnerstag in Kraft.

London, 8. März. Der französische Ministerpräsident Briand hat dem Reichertischen Büro mitgeteilt, daß das neue Zollregime im besetzten Gebiet am Donnerstag in Kraft treten werde.

Ein abgekartetes Spiel.

(Eigener Drahtbericht.)
e. London, 8. März. Am Sonntag Abend fand es bei den Alliierten bereits vollständig fest, daß sie alle deutschen Vorschläge ablehnen wollten, um die Strafmaßnahmen anzuwenden zu können, von denen man sich eine besondere Wirkung verspricht.

Lloyd George im Unterhaus.

(Eigener Drahtbericht.)

e. London, 8. März. Noch am Montag Abend nach dem Abbruch der Verhandlungen erschien Lloyd George im Unterhaus und gab dem Parlament Erklärungen über den Verlauf der Verhandlungen ab.

Auf die Anfrage eines Abgeordneten, ob Deutschland nun nicht mehr seine Waren in die neutralen Länder liefern und auf diese Weise in die Ententeländer bringen werde, erwiderte Lloyd George, die Neutralen sollen benachrichtigt werden, daß England eine solche betrügerische Handlungsweise Deutschlands nicht zulassen werde.

Ein Schachzug der Entente.

(Eigener Drahtbericht.)
e. Amsterdam, 8. März. Das ententefreundliche „Amsterdamer Blatt“ „Telegraaf“ veröffentlichte eine ganze Seite Geheimdokumente mit Karten und Zeichnungen aus dem deutschen Material. Diese Karten und Dokumente betreffen gewisse Vorkriegsmaßnahmen in den Jahren 1916/17 gegen Holland.

Harding.

London, 8. März. „Daily Telegraph“ meldet aus Washington, die Regierung des Präsidenten Harding werde noch im Laufe dieses Monats Unterhandlungen beginnen, um zu

einem Abkommen zwecks Verwirklichung der Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit den Alliierten zu gelangen.

Lord Curzon of Kedleston.

Auf der Londoner Konferenz spielt der britische Außenminister eine weitaus größere Rolle, als ihm bisher im Zusammenhange mit dem Versailler Vertrag vergönnt war.

Der Earl George Nathaniel Curzon of Kedleston, der im Anfang der Sechziger Jahre in der Politik bekannt als der ehemalige Vizekönig von Indien, der, mit Purpur und Hermelin bekleidet, sieben Jahre die höchste Stellung innegehabt hat, die Großbritannien zu vergeben hat.

Mit unermüdlichem Fleiß hat er sieben Jahre hindurch an der Spitze der Verwaltung gestanden, die 300 Millionen Menschen zu Ruh und Frommen im-England unterstellt hält.

Als im Dezember 1918 Lloyd George das Ministerium rekonstruierte, fiel sein Auge auf Lord Curzon als Außenminister, welche Stellung er annahm und noch heute innehat.

Wenn es gilt, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zum Nachteile, der Erdrosselung des deutschen Volkes auszuführen, dann sind beide ein Herz und eine Seele, der melodramatische Demagoge aus Wales und der hochmütige Torn aus Derbyshire, der einst wie ein orientalischer Despot in Delhi schaltete.

Eine Antwort an Lloyd Georges.

Mein Herr!

Ihre fulminante Rede ist offenbar nicht nur für den Konferenzsaal bestimmt gewesen; Sie haben zum Fenster hinaus gesprochen, um von der ganzen Welt gehört zu werden.

Sie verkünden auf das Freilicht: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Versailler Vertrages errichtet worden ist, und wenn diese Anerkennung verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig.“

Viele Ihre Kundgebung ist unbezahlbar. Wir können Ihnen für dieselbe nicht genug danken. Sie verlangen freilich, daß wir das Schuldverhältnis wiederholen, widrigenfalls — Kopf ab! Nun denn. Tun wir dies, wie auf der Folie zu Versailles, indem Sie uns abermals unter der Guillotine haben, so wird es um kein Nota haltbarer, Glauben Sie wirklich, daß sich die Wahrheit mit Schiffsdanonen umdringen läßt?

Indes Sie die Schuldfrage als eine cause jugée geachtet wissen wollen, erinnern Sie nur zu unmittelfar an den unvergesslichen Fall Drenth. Die Franzosen haben ihren Emil Zola nicht wegen seiner bereits so gut wie vergessenen Roman in ihr Pantheon setzen, sondern weil er den moralischen Mut gehabt hat, der „cause jugée“ ungeachtet, für die Wahrheit einzutreten.

Um nun Sie selber, den englischen Premier, ins Verhör (für „witness box“) zu nehmen. Hat Deutschland England oder hat England Deutschland den Krieg erklärt? — Und dies weshalb? Sie entgegnen natürlich: Belgien! Haben wir uns nicht verpflichtet wollen, Belgiens Boden unbetreten zu lassen, falls Sie Neutralität bewahren wollten? — Sind wir, trotzdem wir mit Krieg mit Frankreich rechnen mußten, nicht bereit gewesen, die französische Nordküste und Schiffsahrt unbehelligt zu lassen, nur weil England deren Schutz übernommen hatte? Was in aller Welt hatte das Deutsche Reich dem englischen Reich ange getan, was als eine Herausforderung hätte gelten können? Hat man nicht von Berlin aus bis zum letzten Augenblicke das Erdenkliche aufgegeben, um mit England in Frieden und Freundschaft zu leben? Was ist die Zusammenziehung der englischen Weltflotte in der Nordsee und dies in völlig kriegsberitem Zustande anderes gewesen, als die unabweisliche Bedrohung Deutschlands? Ist es nicht für England gewesen, das solchermaßen zuerst „mobil“ gemacht hat? Hätte Russland und in seinem Gefolge Frankreich es gewagt, gegen Deutschland anzurücken, dieses auf Leben und Tod herauszufordern, ohne der englischen Mitwirkung sicher zu sein? Sind Sie es nicht selber gewesen, Mr. Lloyd George, der, als Deutschland auch nur seine Handelslinien zu wahren suchte, in jenem Kariertum Marokko, das Sie, um das Saharaanland endgültig unter das englische Schwert zu bringen, Frankreich zugeschanzt hatten, in die Welt hinausrief: falls Deutschland nicht den arabischen Oasen von Agadir verlasse, sich irgend einen Dornenbusch am Atlantischen Ozean fähre — es für England ein casus belli sei? — War das keine Drohung mit der „eisernen Faust“? Was nützen hiergegen alle die unbesonnenen Worte uneres ungeligen Kaisers?

Theater und Musik.

Konzert des Pfälzischen Landes-Sinfonie-Orchesters.

Im Mittelpunkt des Programms stand die vierte Symphonie von Gustav Mahler. Das kam uns zu passen, denn wir haben hier noch zu wenig von Mahler gehört, um uns aus eigener Anschauung ein abschließendes Urteil über seine Schaffensweise und seine Bedeutung bilden zu können.

Uns ist das in gewaltigen Ausmaßen sich dehrende symphonische Schaffensgebiet des aus Böhmen stammenden, in seinem geistigen Wesen aber international gerichteten Meisters erst zum kleinsten Teile erschlossen. Auf die kürzlich gehörte dritte Symphonie ist nun rasch die vierte gefolgt. Von dem „Problematikern“, mit dem so gerne vorgefahte Meinung die Mahlerische Kunst beschwert, ist in dieser Symphonie kaum etwas zu spüren. Sie könnte als eine Apotheose des Tanzes und der Lebensfreude gelten, so lebhaft und leichtbeschwingt sind ihre Rhythmen, so durchsonnt ihre Melodien.

liert. Doch das hat, von aller Erdschwere befreiende Element bricht wieder durch und führt auf den ursprünglichen Weg zurück; mit der Erreichung seines erklärten Zieles endigt der langsame Satz. Der letzte Satz wird mit dem Anfang: „Wir genießen die himmlischen Freuden“ aus des Knaben Wunderhorn ausgeführt.

Die Gestaltung der Symphonie durch das Pfälz. Orchester unter seinem Leiter Professor Ernst Boehm verdient hohes Lob. Man spürte das überaus liebevolle Nachschaffen des Orchesterbildes, in dem Geiste, wie es seinem Schöpfer vorgeschwebt haben mag, so daß auch von den subtilsten seiner Inten und Farbentwürfen nichts verloren geht. Eine restlose Durchleuchtung der Partitur seitens des Dirigenten kennzeichnete auch die Wiedergabe der anderen Werke des Programms: Duvertüre zu dem Weihnachtsmärchen „Das Christelflein“ von H. Pfitzner, „Till Eulenspiegels lustige Streiche“ von H. Strauß und die Erzählung des Dietrich aus Pfitzners „Armen Heinrich“, die von Hans Bahling, dem stimmungsvollen Variation des Mannheimer Nationaltheaters, zu eindringlicher Wirkung gebracht wurde.

Badisches Landes-theater. Mitteilung der Intendantin: Morgen Mittwoch findet im Landes-theater eine Vorstellung von Ibsen's „Die Stützen der Gesellschaft“ statt. Beginn der Vorstellung 7 Uhr.

Unversorener kann man den Spieß nicht um-

wenden, als Sie es tun, indem Sie Deutsch-

land als den Herausforderer und Angreifer

Frankreichs an den Galgen bringen wollen.

Es ist wohl Deutschland gewesen, das Portugal

in den Krieg gezogen, Italien, Rumänien,

Belgien hinein gedrängt hat? Es wäre nicht Eng-

land gewesen, das Japan, als seinen Bundesge-

ossen, auf den Kampfplatz gebracht hat? Nicht

England, das nicht ruhte, bis die Vereinigten

Staaten Nord-Amerikas mitmachten?

War das das ungeheure Blutbad fast volle

zwei Jahre angehalten hat? Ist nicht die nach

mehr habe, wie kein unergleichliches Heer nicht

nur völlig aufgelöst sei, sondern ein solches

nur durch die Verhältnisse der Welt zu erklären

ist, das die Welt nicht ohne Deutschland

auskommen kann, das die Welt nicht ohne

Deutschland auskommen kann, das die Welt

nicht ohne Deutschland auskommen kann,

das die Welt nicht ohne Deutschland

auskommen kann, das die Welt nicht ohne

Deutschland auskommen kann, das die Welt

Nie hat der so verrufene englische „cant“, die-

bermännliche Heuchelei, äppigere Blüten getrie-

ben. Das am Boden liegende, aus tausend Wunden

blutende, von zwanzig Uebermächtigen nieder-

gerungene Deutschland noch derart zu höhnen!

Ich habe eine zu hohe Meinung vom Engländer,

um nicht überzeugt zu sein, daß, wenn er sich

den wahren Sachverhalt vor Augen hält, ihm

nicht die Schamröte ins Gesicht steigt. Sie selbst

wissen offenbar in ihrem diplomatischen Kausch

nicht mehr, was Sie sagen und tun.

Ihre ganze fulminante Ansprache ist Nichts

gewesen als Vorpanndienst, den Sie jenem

Frankreich leisten, das gar keinen Döhl daraus

macht, daß es keinen deutschen Nationalstaat

bulden will und die deutschen Rheinlande besetzt

hält, um sie, dem Versailler Vertrag zum Troste,

nie wieder herauszugeben. Ob Sie damit des

Ihrer Führerschaft anvertrauten Englands Inter-

esse wahrnehmen, ist Sache Ihrer Volksleute.

Diese mögen darüber urteilen. Wie in aller

Welt aber bringen Sie diese Ihre Haltung in

Einfluß mit Ihren eigenen Worten?

Was endlich das zwischen uns zu regelnde

Geschäft? anbelangt, die Milliarden, die

Deutschland zu allem Ueberigen noch aufbringen

sol, so handelt es sich um infamensurabel

großen und Verhältnisse, auch nicht wie Sie

meinen, um Befriedigung Ihrer und Ihrer

Millionen Bedürfnisse, sondern um Deutschlands

Leistungsfähigkeit. Diese zum voraus am

grünen Tisch auch nur annähernd bemessen zu

wollen, ist heller Wahnsinn. Ebenjogut könnten

Sie die ägyptische Sphinx betragen. Nach dem

Stande unserer Valuta und unserer einheimischen

Währungen und unserer Jahresrechnungen zu

urteilen, sind wir überhaupt längst zahlungs-

unfähig. Die Zahl der Milliarden, die uns

frisch auferlegt werden sollen, ist daher gänzlich

irrelevant. Je mehr Sie Milliarden wollen, zu

„bedürfen“ meinen, desto unerklärlicher, und

zahlungsunfähig zu machen und zu erhalten.

Dies geschieht doch nicht dadurch, daß Sie noch

weitere Teile des deutschen Gebietes besetzen,

mit erneuter Hungerblockade drohen, unsere

Industrie vollends unterbinden und unsern

kaum wieder erwachten Handel erdroffeln?

Wer wollte eine Schar hungriger Wölfe zum

Schicksalsträger über eine Herde von Schafen

machen?

In dieser Milliardenfrage gibt es keine den-

kbare Verhandlung, anders als durch Anrufung

eines weniger in eigener Not befindlichen

Schiedsrichters. Wie können Sie, Deutschlands

Schiedsrichter, die Vereinigten Staaten als

Schiedsrichter ansetzen? Ein weitgehenderes,

großmütigeres Entgegenkommen, als es dies

deutschseits sein würde, könnten Sie unmöglich

verlangen. Sind die Vereinigten Staaten nicht

Ihre Kriegsgenossen? Haben die nicht von

erstem Tage an Sie mit allen erdenklichen

Waffen und bis ins Endlose mit Milliarden ver-

langt, um schließlich mit Ihrer ganzen Macht

Ihnen beizubringen und so Ihren Sieg herbeizuführen?

Befindern wir uns nicht heute formaliter

im Kriegszustande mit ihnen? Herr Harding

müßte unteruchen und entscheiden, inwiefern

Deutschland seinen aus dem Versailler Vertrag

abgeleiteten Verpflichtungen bisher nachge-

kommen ist und inwieweit es in der Lage ist, Ihren

weiteren Forderungen zu entsprechen.

Persönlich hätten Sie, Mr. Lloyd George, allen

Grund, sich darauf zu besinnen, daß Sie nicht

zur Lösung: „Bis zum Knock out!“ ausgegeben

haben, sondern auch die: „Bis zum letzten Penny!“

Die Weltnot ist eine Folge des Weltkrieges, den

nicht Deutschland, sondern England inszeniert

und bis in die letzte Konsequenz hinein durch-

geführt hat. Es gilt denn auch nicht nur der de u t-

ischen Not, sondern der Welt not abzuhelfen.

Mit nachter Auspflünderung ist es nicht getan.

Mit Raubzügen und Raub können keine

Goldbarren aus dem Boden geklopft werden.

Dies haben Sie erst wieder Tage Ihren Volks-

leuten drastisch genug veranschaulicht, indem

Sie die Hunnen auf englischen Boden nach Herzens-

lust hausen ließen. Selbst die Ausplünderung

ganzer London würde Ihnen verzweifelt wenige

Milliarden, wenn überhaupt eine, in die Tasche

bringen. Der Ruin Deutschlands wird, wie Sie

selbst einräumen, den Englands und seiner

unerfüllten Allüren im Gefolge haben. De-

wegen Sie dem vor! Statt den französischen

Heilspornen von Neuem aufs Schlachtfeld zu

helfen, Sie Deutschland zahlungsunfähig

machen, hilflos machen Sie für eigenes Interesse

nicht fördern. Dies sollten Sie, als der gerie-

bene Geschäftsmann, wie die Welt Sie nachgerade

kennt, selbst am besten wissen.

Hochachtungsvoll

ein obskurer Deutscher, der keine andere Waffe

hat als — die Wahrheit.

Die technische Vorbereitung für die

Volksabstimmung in Oberschlesien.

Zur letzten und größten Abstimmung, die uns

der Versailler Vertrag aufzuzwingen hat, sollen

aus allen Teilen des Reiches und auch vom Aus-

land zum 20. März über 200 000 Abstimmungs-

berechtigte nach Oberschlesien gebracht werden.

Alle erforderlichen Vorbereitungen hierzu sind

beendet. Vom 9. März ab sollen durch Breslau

und die anderen Städte Mittelschlesiens hunderte

von Sonderzügen rollen. Die Abstimmer im

ganzen Reich und im Ausland sind allmählich

zum unendlichen Kleinarbeit erfaßt, in Vereinen

gesammelt und mit den erforderlichen Papieren

versehen. Für jeden Abstimmungsberechtigten

ist ein Fahrchein ausgeschrieben worden, der für

die Hin- und Rückfahrt gilt und die genaue An-

gabe der von dem Abstimmungsberechtigten zu be-

nutzenden Züge mit den Fahrzeiten enthält. Mit

dem Betreten des ersten Bahnstoffs ist der

Abstimmungsrecht in der Fürsorge der Organi-

sation der Vereinigten Verbände Heimatstreiter

Oberschlesiens, die nicht nur ihn betreut, sondern

auch die Sorge für die zurückgebliebene Familie

übernimmt. Es ist unmöglich, die Fülle der Ar-

beitsleistung, der Schwierigkeiten und des Ge-

schaffenen auch nur annähernd wiederzugeben.

Aber einige Streifenlichter mögen dem Leser einen

Begriff von der Größe des Abstimmungsverkes

vermitteln. 256 Sonderzüge für gegen je 1000

Reisende sind bereit gestellt, die innerhalb 10

Tagen vor der Abstimmung gemäß nach Oberschle-

sien und 10 Tage nach der Abstimmung mit den

Abstimmungsberechtigten zurückrollen, so daß in-

nerhalb 20 Tagen über 1000 Sonderzüge den en-

gen Raum zwischen Breslau und Olas passieren,

wobei der reale Verkehr weitergeht. Der

Fahrplan ist bis auf die Minute berechnet und

nimmt natürlich auch Rücksicht auf die an der

Demarationslinie erfolgende Unterbrechung des

Gepäcks und der Bahn nach Wassen. Um zu

hindern, daß irgend ein corpus delicti in die

Züge eingeschmuggelt wird, werden diese auch

von deutscher Seite einer eingehenden Revision

unterzogen. Die dreimal täglich erfolgende

Verpflegung der Abstimmungsberechtigten an den

zahlreichen Verpflegungsstationen ist ebenfalls

bei der Festlegung des Fahrplans berücksichtigt

worden. In Breslau allein werden in 20 Tagen

240 000 Portionen verabreicht, die von 800 Speiseträgern

aus einer Zentralküche in Kraftwagen an den

Bahnhöfen gebracht werden. In den meisten

Orten Schlesiens wird die Verpflegung durch

Liebesgaben reich ergänzt. Besondere

Achtung ist für Kranke vorzusehen, sowie für

rituell lebende Juden. Mit den Sonderzügen

werden übrigens auch die in Deutschland

von polnischen Organisationen

erfahrenen Abstimmungsberechtigten

beherbergt; ihre Zahl scheint jedoch nicht

erheblich.

Breslau, 7. März. (Mitteilung des

Präsidentiums.) Auf Anordnung der

interalliierten Kommission ist die ober-

schlesische Grenze vom Mittwoch, den

9. März, morgens 8 Uhr ab gesperrt.

Die Schiffe erhalten weiter das

Wismar; ebenso gelten die Ausweise für

die Eisenbahnen weiter. Bei Todesfällen

und schweren Erkrankungen in der

Familie ist der Chef des interalliierten

Passbüros in Oppeln ermächtigt, die

Einreise-erlaubnis zu erteilen. Es

empfiehlt sich, die Einreiseerlaubnis

telegraphisch zu beantragen. Das

Wismar wird von dem für den

Wohnort des Besprechers zuständigen

französischen Konsulat erteilt.

Deutsches Reich.

Von der Post.

Im Reichsvollministerium fanden

Besprechungen mit den

Präsidenten der Oberpostdirektionen

des Reiches statt, an denen zum

ersten Male auch die Präsidenten

der fünf Oberpostdirektionen

teilnahmen. Die Besprechungen

erzielten sich auf Ver-

anlassung der Besprechungen

über den Postverkehr im

Reich sowie auf einen großen

Komplex wichtiger Verkehrs-

angelegenheiten aus dem

Bereich der Post, der Telegra-

phie, der Fernsprecherie und

des Reichspostwesens.

Der Vertrag von Versailles.

In Reichsamtverwaltschaft ist

erfahren: Nr. 6208. Der Vertrag

von Versailles, Inhalt und

Wirkung gemeinvernehmlich

darstellt von Dr. Eduard

Rosenbaum, 114 S., Geb. 1.50

RM. Die Darstellung des

Vertrages von Versailles und

der ihm vorausgehenden

Verhandlungen wendet sich

an den Leser, der eine

lebendige, sachliche

Beschreibung über seinen

Inhalt sucht. Durch

Abdruck der

Wichtigsten Punkte im

ganzen ist jedem die

Wichtigkeit des

Vertrages eines gerechten

Friedens mit

seiner tatsächlichen

Inhalt zu verdeutlichen.

Die

Erklärungen

fügen sich auf die

besten Weise. Die

Verfasser in

besonderer

Maße zugänglich

waren, da er

als

Reichsamtverwalter

in

den

Arbeiten

der

Deutschen

Friedensabteilung

in

Verailles, als

an

den

Konferenzen

zu

Wiederherstellung

der

Post

in

Spana

und

Brasilien

teilgenommen

hat.

Das

Lehnverpfändungsrecht

nach

dem

Reichsgesetz

vom

10.

den somit, und das hat die Erfahrung in Baden reichlich gelehrt, zahlreiche Beamte in den Ruhestand versetzt, auf deren Arbeitskraft zu verzichten der Staat schon im Interesse der gebotenen äußersten Sparlichkeit nicht berechtigt ist. Gerade in der heutigen Zeit, in der alles nach Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung ruft, darf der Staat doch nicht an arbeitsfähige Beamte Angehöriger bezahlen, ohne sich deren Arbeitskraft noch nutzbar zu machen. In sehr vielen Fällen mußten die zurückgekehrten Beamten ersucht werden, ihren Dienst nach ihrer Zurücksetzung einmündigen noch weiter zu versehen, weil noch kein geeigneter Nachfolger zur Verfügung stand. Jede Zwangspensionierung nach dem Muster, wie es der badische Maßnahme zugrunde lag, muß ungerecht wirken, und deshalb sollte, die im Mai 1919 durchgeführte Zwangspensionierung dem erwähnten Antrag der Landtagsfraktion entgegen, aufgehoben werden.

Der Zweck, der mit der Zwangspensionierung erreicht werden soll, läßt sich auf viel einwandfreiere und wirksamere Weise erzielen. Man braucht nur die Bestimmungen des badischen Beamtengesetzes vom Jahre 1908 mit aller Strenge anzuwenden. Diese reichen vollständig aus, denn sie schreiben vor, daß ein etatmäßiger Beamter in den Ruhestand versetzt werden kann, wenn er entweder das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat oder wegen eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte dienstunfähig geworden ist. Die Dienstunfähigkeit kann ohne weiteres angenommen werden, wenn ein Beamter seit einem Jahr durch Krankheit von der Verrichtung seines Amtes abgehalten ist. Der Landtag braucht also lediglich zuzustimmen, daß ein Beamter, wenn seine Dienstunfähigkeit nachgewiesen ist, unbedingt in den Ruhestand versetzt werden muß ohne Rücksicht auf das Lebensalter, in dem der nicht mehr oder nicht mehr völlig dienstfähige Beamte steht. Es liegt im öffentlichen Interesse, daß in der Staatsverwaltung nur vollqualifizierte Beamte beschäftigt werden. Andererseits wird bei jedem Beamten die in der Zwangspensionierung liegende Härte vermieden, wenn die weitere Bestimmung des Beamtengesetzes beibehalten wird, wonach ein Beamter nach Zurücklegung seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand zu versetzen ist, wenn er darum nachsucht.

Das Landessteuergesetz vom 30. März 1920
mit einer geschichtlichen Einleitung und Erörterungen von Finanzrat Karl Röttlinger,
Mitglied des Landesfinanzamts Karlsruhe.

In den letzten Wochen ist fast in allen Rathhäusern der größeren Städte Badens die Bestimmung des Mindesteinkommens nach § 30 des Landessteuergesetzes auf der Tagesordnung der städtischen Körperschaften gestanden. Die Beratung dieses Gegenstandes hat zu heftigen Auseinandersetzungen Anlaß gegeben. Wer sich in dieser nicht eben leichten und einfachen Materie gründlich unterrichten wollte, der tat gut daran, zu dem oben genannten Buche, das diesen Gegenstand an Hand der Gesetzesmaterialien eingehend behandelt, zu greifen. Und die andern so unendlich wichtigen Bestimmungen dieses Gesetzes, dessen Bedeutung in weiten Kreisen noch keineswegs richtig gewürdigt wird, finden in diesem Buche eine lichtvolle und sachgemäße Erläuterung. Man hat nicht mit Unrecht die Reichsabgabenordnung und das Landessteuergesetz Gesetze genannt, die an materieller Bedeutung neben die Reichsverfassung zu stellen sind. Die Grundzüge der Reichsverfassung sollen Gemeingut aller Gebildeten sein; ebenso mußte die Kenntnis der Grundzüge diese Steuergesetze in weite Kreise der Bevölkerung getragen werden. Der Name „Landessteuergesetz“ ist nicht zutreffend; mit Recht meint der Verfasser auf S. 54, daß man, um das Wesen des Gesetzes richtig zu erfassen, das Gesetz als Finanzverfassungsgesetz bezeichnen sollte, denn in seinem wichtigsten Teil handelt es sich von der Verteilung der Reichsteuern zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Der Erläuterung der einzelnen Bestimmungen schließt der Verfasser eine 53 Seiten starke geschichtliche Einleitung über die Entstehung des Gesetzes voraus, die namentlich für alle Politiker von höchstem Wert ist. Der Kampf um die Steuerhoheit des Reichs und der Länder, die Auseinandersetzung über die Einkommen- und Vermögenssteuern zwischen Reich und Ländern und die parlamentarische Behandlung des Gesetzes werden eingehend geschildert. Die maßgebende Rede des damaligen Reichsministers der Finanzen Erzberger wird zum großen Teil wörtlich wiedergegeben, wobei der Verfasser ausdrücklich betont, daß er die optimistische Grundauffassung des Redners sich nicht zu eigen macht.

Für alle, die sich mit Kommunalpolitik befassen — und wer läte dies nicht — sind insbesondere die Ausführungen des Verfassers zu der Frage der Ertragsbesteuerung der Länder und Gemeinden von großem Interesse. Die viel erörterte Frage des Schuldenabzugs in den Gemeinden wird eingehend behandelt. Auf diesem Gebiet hat der Verfasser schon in einer früheren Schrift „Leber die Grundfragen des Gemeindesteuereins und die Steuerbeschwerden der Grund- und Häuserbesitzer“ neue und eigenartige Vorschläge gemacht. Das Gesamturteil des Verfassers über die im Landessteuergesetz getroffene Regelung der Gemeindebesteuerung ist nicht günstig. „Es kann nicht bestritten werden“, führt er auf S. 75 aus, „daß unter dem Gesichtspunkt der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit die Ertragsbesteuerung gegenüber der Vermögensbesteuerung ein Rückschritt bedeutet, und es ist einer der Hauptmängel des ganzen Finanzwesens, daß sie diesen Rückschritt gebracht hat.“

Der Verfasser behandelt weiter eingehend die Verteilung der Reichsteuern zwischen Reich, Land und Gemeinde. Auch hier steht er auf dem Standpunkte, daß es das Ideal wäre, wenn Reich, Land und Gemeinde, ohne auf einander Rücksicht nehmen zu müssen, nach Maßgabe ihres Bedürfnisses Steuern erheben könnten. Daß das heute unmöglich ist, weiß er u. a. in der interessanten Tatsache nach, daß z. B. Mannheim im Jahre 1919 eine Steuerbelastung gehabt habe, die in den höchsten Stufen mehr als 100 Prozent des Einkommens betragen habe.

Eine Fülle interessanter Ausführungen, die in den weitesten Kreisen der Bevölkerung bekannt zu werden verdienen, sind in dem Buch enthalten. Seine Anschaffung kann vor allem jedem, der mit Gemeindepolitik zu tun hat, wärm empfohlen werden.

Aus Baden.

Die Verluste Mannheims durch die Bewirtshausung.

rr. Mannheim, 7. März. In der jüngsten Pressekonferenz machte Bürgermeister Dr. Walli interessante Mitteilungen über den Abbau des städtischen Lebensmittelaufwandes. Die Zahl der Ausschlagsangehörigen infolge der inzwischen erfolgten Auflösung der Warenabteilung von 353 im Jahre 1918 auf 94 zurückgegangen. Bei den Arbeitern ist der Rückgang noch auffälliger: von 335 im Jahre 1918 auf 15. Als der Verminderung darüber Ausdruck gegeben wurde, daß trotz der starken Verminderung der Arbeitskräfte in den städtischen Voranschlag immer noch über 2 Millionen Mark eingestellt sind, wurde festgestellt, daß die heute noch beschäftigten Angestellten ein durchschnittliches Jahresgehalt von 17500 Mk. beziehen. Aus sozialen Gründen sind in erster Linie die ledigen Arbeitskräfte entlassen worden. Bei der Abholung der eingelagerten Mehlreserven werden beträchtliche Verluste nicht zu vermeiden sein, da das Mehl nicht das erwartete Entgelt bekommen zeigt. Der größte Teil der Bestände setzte sich aus Hülsenfrüchten und Reis zusammen. Von den Verlusten in diesen Artikeln werden alle badischen und deutschen Städte betroffen. Es ist eine Aktion eingeleitet worden, die den Ertrag der durch die Abholung der Bestände verursachten Verluste durch das Reich bezweckt. Das Reich hat sich bedauerlicherweise auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht für die durch die Einlagerung der Bestände durch die städtischen Kommunalverbände entstandenen Verluste aufzukommen hat. Die Verluste der badischen Städte sind verhältnismäßig nicht so groß wie bei anderen Städten, weil mit dem Ankauf der Bestände frühzeitig begonnen wurde.

Die Stadt Mannheim hatte ferner rund 150 Wagen Hafer zu Vorkreditzwecken eingelagert, weil das Reich mit der Mehllieferung in besterregender Weise ausgefallen war. Als im August v. J. die öffentliche Haferbewirtschaftung wieder eingeführt wurde, mußte der eingelagerte Hafer zur Verfügung gestellt werden. Das Reich wollte aber nur einen Preis bezahlen, der der Hälfte des Einkaufspreises entsprach hätte. In diesem Falle wären Millionen verloren worden. Den ersten Vorkreditungen in Berlin ist es zu verdanken, daß der Hafer selbst verkauft und zur Herstellung von Nahrungsmitteln verwendet werden durfte. Dieses Zugeständnis wurde aber erst nach langwierigen Verhandlungen erreicht und so kam man bei der Abholung der Bestände in die Zeit des Preisrückganges herein. Der hierdurch entstandene Schaden soll zwar beim Reich liquidiert werden, aber große Hoffnungen auf Ersatz dürfen nicht gehegt werden. Der Ertrag der Verluste bei der Abholung des Stroh- und Heu wurde zwar ebenfalls zugesichert, bei der Ausführung aber wurden alle möglichen Abstriche gemacht. Die badischen Kommunalverbände und Gemeinden werden in der nächsten Zeit in Berlin vorstellig sein. Bei der Lieferung von Getreide ist das Lebensmittelamt in der gleichen wenig rücksichtsvollen Weise durch das Reich behandelt worden. Als im September v. J. das Fleisch abgerufen wurde, war nichts mehr da. Es mußte infolgedessen badisches Vieh geschlachtet und eingefroren werden. Der dadurch entstandene Schaden ist ebenfalls beim Reich angemeldet aber bisher kein Erfolg erzielt worden.

Aus dem Stadtkreise.

Plant-Abend. Es ist noch nicht übermäßig lange Zeit her, daß Plant in Karlsruhe eine seiner eigenartigen Abende gab. Aber anscheinend doch lange genug, um der erquickenden Gemüte zu vergehen, die er mit seiner besonders gearteten Kunst ohne Zweifel bereitet hat, denn der Besuch war sehr. Wenn man analytisch vorgeht, so kommt man zu dem Schluß, daß Plants Begabung wohl universell ist, daß sie aber doch nach der Richtung des feinen Fasermus überwiegt. Ein Beleg dafür ist der ganze zweite Teil seines äußerst reichhaltigen Programms, das Parodien über eine Oper, ein Oratorium und eine Vorstellung des Bauerntheaters brachte. Ich würde nicht, wer ihn hier an treffender Beobachtung, unbedingter Beherrschung des Dialekts und rascherer Scharfzeichnung des Mittens übertrifft. Das kennzeichnet seine Kunst am besten, daß er mit einfachen Mitteln die tiefsten Wirkungen zu erzielen vermag. Zu all dem steht ihm eine nicht gerade gewöhnliche Gekanntheit zur Verfügung, die es ihm ermöglicht, daß bis Sopran verblüffend zu kopieren. Im ersten Teil hörte man manche Perle der besten, gemütvollen und ersten Literatur, so daß Plant tatsächlich das Unglaubliche zuwege bringt, alle aufzubehalten. So fand er auch die Fäden, die uns mit der ereignisreichen Zeit wieder zusammenbanden, indem er „Lieber tot, als Sklav“ an den Schluß setzte und so einen wichtig-erhellenden Abschluß fand. Das Publikum dankte dem Vortragenden, der trotz allem tiefste Innerlichkeit und volle Hingabe spendete, mit herzlichem Beifall, der ihm als Trost und Aufmunterung gelten darf.

Chronik der Vereine.

Eine Landesversammlung der Badgruppe „Joll und Steuer“ des Reichsbewirtschaftsverbandes deutscher Berufsleute (A. B. V.) fand am Sonntag im „Schwanenhaus“ statt. Zahlreich waren die Vertreter aus allen Teilen des Landes erschienen. Fast alle 22 Ortsgruppen des Verbandes in Baden hatten Vertreter entsandt. Besonders zahlreich waren die Grenzbeamten vertreten. In durchaus sachlicher Weise referierte der Generalsekretär R. K. des A. B. V. in Baden über die Lage der Militärämter im Bezirke des Landesfinanzamtes Karlsruhe, die gegenüber den Militärämtern bei anderen Reichsbehörden, wie Post und Bahn, geradezu rücksichtslos genannt werden kann. Er begründete den An-

spruch der Militärämter auf die mittlere Beamtenlaufbahn durch die bestehenden Gelebe. In einer, nach erlöster lebhafter Aussprache gefassten Entschließung wurden dem Landesfinanzamt zum einmal die Forderungen der Militärämter mitgeteilt und von ihm als bestmögliche Lösung vorgeschlagen, entsprechend dem Gelebe den Militärämtern die gleiche Behandlung angedeihen zu lassen, wie es im übrigen Reich seit langem üblich ist. Zu der in nächster Zeit in Berlin stattfindenden Versammlung der Reichsgruppe „Joll und Steuer“ wurden Vertreter gewählt. Die Versammlung schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens für den Verband und mit dem festen Willen zur Erreichung der berechtigten Forderungen der Militärämter mehr als bisher sich in der Badgruppe des Verbandes zusammenzuschließen.

200 Jahre Schillinggesellschaft. Um den Schillingen Gelegenheit zu geben, sich rechtzeitig für das 200jährige Jubiläum zu betätigen, das in der Zeit vom 29. Mai bis 5. Juni d. J. stattfinden soll, fand am Sonntag das diesjährige Erbkönigsfest in Karlsruhe statt. Der Schillingbetrieb wurde punkt 8 Uhr auf allen Schillingen eröffnet. Der Besuch war derart stark, daß noch weitere Schillinge für Feld und Stand aufgestellt werden mußten. Die Ehrenschilde, gestiftet von unsern diesjährigen Schillingmeister, Oberinspektor Steinwars, wurde vom Schillingbruder Dr. Reichelberger Hr. Peter gewonnen. Die besten Schillingresultate erzielten: Auf Ehrenschilde: Herr Schumann mit 34 Ringen, auf Ehrenschilde: Herr Rode mit 28 Ringen, auf Ehrenschilde: Herr A. Schneider mit 22 Ringen. Auch in diesem Jahre konnte die Gesellschaft wieder zwei verdienten Schillingen das Ehrendiplom u. das Ehrenabzeichen für 20 Jahre, treue Mitgliedschaft verliehen und zwar dem früheren Schillingmeister Herrn A. Schneider, sowie Herrn J. Mehl, Hoflieferant. Für die Solace ist die Einführung des hochwürdigen Schillingen auf Feldern und launlichen Bild, sowie auf Fontänen geplant. Besonders die Jäger seien darauf aufmerksam gemacht, von dieser Einrichtung recht ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Letzte Nachrichten.

Neue Kardinele.

Rom, 8. März. Der Papst hielt ein geheimes Konsistorium ab, wobei er die Ernennung der neuen Kardinele bekannt gab, nämlich des Nuntius in Madrid, sowie der Erzbischöfe von München, Köln, Philadelphia, Tarragona und Burgos. Der Papst ernannte bei dieser Gelegenheit auch einige Bischöfe.

Danzig.

v. Warschau, 8. März. Der Pariser Sonderberichterstatter der „Gazette Warszawskie“ veröffentlicht den Wortlaut des Gutachtens des Oberkommissars von Danzig. General Hating spricht sich gegen die Übertragung des Militärmanövers an Polen aus, das Danzig weder bei Angriffen von Rußland noch von Deutschland werde verteidigen können und das Mandat nur zur Polonisierung Danzigs ausnütze.

Anschluß der Schweizerischen Kommunisten an Moskau.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Zürich, 8. März. Am Sonntag fand in Zürich die Vereinigung des aus der sozialistischen Partei ausgeschiedenen radikalen Flügels mit den Schweizerischen Kommunisten zur kommunistischen Partei der Schweiz statt. Der Kongreß beschloß den Anschluß an die kommunistische Internationale und beauftragte die Zentrale, die Aufnahme beim Zentralkomitee nachzusuchen.

Das Bombardement auf Petersburg.

Stockholm, 8. März. „Nordiska Presscentralen“ meldet aus Helsingfors: Laut einer Meldung der „Finska Notisbyran“ aus Wiborg, hat Kronstadt am Montag nachmittags 4 Uhr angefangen, Petersburg zu bombardieren. Anschlagend ist die schwere Artillerie der Festung in Aktion gesetzt. Petersburg wird von den Batterien von Scharbek, Nevooneme und Javboots bombardiert.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Die neue Getreidebewirtschaftung.

Im Laufe der landwirtschaftlichen Woche, die zurzeit in Berlin abgehalten wird und am Mittwoch mit der großen Versammlung des Reichslandbundes ihren Abschluß finden soll, hat auch der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft getagt und sich vor allem mit der Getreidebewirtschaftung und Futtermittelfuhr befaßt. Er hat beschlossen, bei der Reichsregierung zu beantragen, mit Rücksicht auf die völlig neue Situation, die durch die Ententeforderungen geschaffen ist, die Entscheidung über die Regelung der Einfuhr von Getreide bis zur Klärung der von Deutschland zu übernehmenden Lasten zurückzustellen. Abgesehen hiervon ist der Reichsausschuß der Ansicht, daß solange und so lange geeignete Handelsverträge nicht abgeschlossen werden können, ein Monopol für die Einfuhr von Getreide nicht umgangen werden kann. Eine besondere Monopolverwaltung sei dabei nicht erforderlich, da durch Umgestaltung der Reichsgetreidekette und Angliederung einer Geschäftsbteilung, bei der auch landwirtschaftliche Sachverständige mitbestimmenden Einfluß haben, der gleiche Zweck erreicht werden könne. Das angekaufte ausländische Getreide soll zur Sicherung der Ernährung verwendet werden. Eine weitere Abgabe von Getreide nur zu Zwecken der Regulierung des Inlandsgetreidepreises soll erfolgen. Für die Einfuhr von Futtermitteln einschließl. Mais lehnt der Reichsausschuß die Monopolisierung unter allen Umständen ab. Die Bewirtschaftung des Inlandsgetreides einschließl. der Getreide sei soweit wie möglich aufzuheben. Für die erforderliche Uebergangszeit müsse die Erfassung des inländischen Brotgetreides auf die Ausschreibung einer Umlage begrenzt werden. Die von der Umlage nicht erfassten Brotgetreide- und Gerstenmengen sollen für den Verkauf im Inland freigegeben werden.

Die Regulierung des Preises für dieses Getreide sei durch entsprechende Beschaffung des

Aussland in Sibirien.

Reval, 8. März. Nach hier vorliegenden Meldungen der Sowjetregierung haben die Menscheviki und Sozialrevolutionäre einen Aufstand in Sibirien hervorgerufen versucht. Die außerordentliche Kommission von Tsimen bedroht alle gefangenen Aufständischen mit Erschießen und hofft dem Aufstand ein Ende zu bereiten.

Hamburg, 8. März. Am Siedleich hat der farbige Franzose Babalara Heizer am Bord des französischen Schiffes „Sorel“, den Zimmerer Karl Brandt auf offener Straße angerepelt und durch Bauchschuß getötet. Als er festgenommen werden sollte, schoß er auf die Passanten und Polizeibeamten. Schießlich wurde er durch drei Schüsse schwer verletzt und ins Hafentrankenhaus gebracht.

Stettin, 8. März. Als die hiesigen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre am Sonntag zur Abstimmung über den Generalfstreik versammelt waren, drangen die Teilnehmer einer gleichzeitig im Garten des Lokals abgehaltenen von kommunistischer Seite einberufenen Versammlung in den Saal ein. Es entstand eine allgemeine Schlägerei. Nachdem die Sicherheitspolizei die Ordnung wiederhergestellt hatte, konnte die Abstimmung durchgeführt werden. Es ergab sich eine überwiegende Mehrheit für den Abbruch des Generalfstreiks.

Wien, 8. März. Zu Ehren der gefallenen Krieger deutschen Stammes veranstaltete die deutsche Studentenschaft in Wien gestern eine kirchliche Gedächtnisfeier, bei der Kardinal Piffl die Messe zelebrierte. Die Vertreter der studentischen Verbindungen gedachten hierauf in Ansprachen des heldenhaften Opfermutes der Gefallenen. Der würdigen Feier wohnte Bundespräsident Hainisch, der Gesandte v. Hofenberger und den Herren der deutschen Gesandtschaft, Bundeskanzler Mayr sowie zahlreiche Offiziere der ehemaligen Armee sowie Abordnungen der Vereinigungen früherer Militärpersonen bei.

Sport / Spiel / Turnen.

dra. Ein Tausend-Mark-Preis für einen Wettbewerb. Der Deutsche Reichsausschuß für Preisbestimmungen veranstaltet einen allgemeinen Wettbewerb in der Abfassung eines Aufsatzes mit dem Thema „Deutsche Kampfsport“. In welcher Form soll in Gestalt eines Werbaufsatzes die Bedeutung der Deutschen Kampfsportarten gekennzeichnet werden, entweder überblicklich in allen Richtungen oder nach einer bestimmten Richtung hin. Zweck des Aufsatzes soll sein, die Selbsttätigkeit für den Gedanken der Kampfsportarten zu begeistern. — Als erster Preis werden 1000 Mk. ausgeschüttet, die drei nächsten Preisräger erhalten je 200 Mk. Die Bedingungen sind im Generalsekretariat des Reichsausschusses für Preisbestimmungen, Berlin W. 35, Kurfürststr. 48, erhältlich.

dra. Das Vorleseverzeichnis für das Sommerfest der Hochschule für Leibesübungen ist soeben im Druck erschienen. Es zeigt gegen seine Vorgänger bereits wesentliche Erweiterungen, als angehängt der nachstehenden Studentenschaft die Vorlesungen nicht mehr nacheinander angeordnet sind, sondern nebeneinander angeordnet sind, so daß die Studenten sich ihren Vorlesungen selbst wählen können. Im ganzen werden 486 Stunden wissensstofflicher und 720 Stunden praktischer Unterricht erteilt. Das Vorleseverzeichnis, sowie die Aufnahme- und Lebensbedingungen für die Studenten sind beim Sekretariat der Hochschule, Berlin W. 35, Kurfürststr. 48 erhältlich.